V-INI6 Solidarität mit Geflüchteten und Mittelmeerländern

Gremium:	Kreisverband Stuttgart
Beschlussdatum:	27.09.2018
Tagesordnungspunkt:	V Sonstige Anträge und Resolutionen

Seit Jahren fliehen Menschen über das Mittelmeer nach Europa – vor Krieg, vor den Folgen der Klimakatastrophe und aus wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit. Europa übt sich derweil in einer unmenschlichen Abschottungspolitik. Grenzen werden geschlossen und Schiffen der zivilen Seenotrettung das Anlaufen europäischer Häfen verboten. Seit dem Regierungswechsel in Italien im Frühjahr hat sich die Situation für Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Europa noch einmal deutlich verschlechtert.

Allein im ersten Halbjahr 2018 starben rund 1.400 Menschen bei der Überfahrt nach Europa. An den europäischen Außengrenzen zeichnet sich eine humanitäre Notlage ab. Die Arbeit der zivilen Seenotrettung wird weiter massiv behindert: Die maltesischen Behörden halten die „Lifeline“ im Hafen fest, blockieren die „Sea-Watch“, die „Seefuchs“ und das Flugzeug „Moonbird“. Nachdem nun auch noch der „Aquarius 2“ die Flagge entzogen wurde, befinden sich im Mittelmeer keine zivilen Rettungsschiffe mehr. Inzwischen sterben weitere Menschen. Unabhängig von der Tatsache, dass auch Europa einen erheblichen Teil zu den Fluchtgründen beiträgt und wir das für die Zukunft ändern müssen, kann das nicht die alleinige Antwort auf aktuelle Fluchtbewegungen sein. Die Menschen sterben jetzt, wenn wir ihnen nicht helfen!

Wir Grüne stehen zum internationalen Recht und hinter der Seenotrettung von Flüchtlingen auf dem Mittelmeer. Wir können nicht einfach zusehen, wie Rettungsschiffen das Anlaufen sicheren Häfen verboten wird und Flüchtlingsboote zurück nach Libyen geschickt werden. Zugleich ist klar, dass wir Griechenland, Italien, Malta und Spanien bei der Flüchtlingsaufnahme nicht alleine lassen dürfen. Das Dublin-Abkommen ist gescheitert. Da mit einer Lösung auf europäischer Ebene so schnell nicht zu rechnen ist, müssen wir vor Ort aktiv werden – in den Kommunen, Ländern und Staaten der EU. Beispielsweise hat die Stadt Stuttgart, wie viele andere Städte auch, ihre Bereitschaft signalisiert, Geflüchtete von den Schiffen der zivilen Seenotrettung aufzunehmen.

Diese Solidarität mit Geflüchteten sowie anderen EU-Staaten erwarten wir auch von unserer grüngeführten Landesregierung. Denn ehe Rettungsschiffe an europäischen Küsten abgewiesen werden, weil die Mittelmeeranrainerländer den Zugang nicht mehr bewältigen können, sollten sich die anderen EU-Staaten bereiterklären, diese Menschen aufzunehmen. Was wir ablehnen, ist ein Deal à la Seehofer, der Geflüchtete aus Italien nur im Austausch für Rückführungen von "Dublin-Fällen" aufnehmen will. Das ist keine Solidarität, sondern ein bürokratisches Nullsummenspiel.

Daher fordern wir die Landesregierung auf, alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, aus Seenot gerettete Geflüchtete aufzunehmen und so das Sterben im Mittelmeer zu verhindern - beispielsweise mit einem Sonderprogramm.

Außerdem fordern wir die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, Flüchtlinge aus den Mittelmeerländern aufzunehmen.

Begründung der Dringlichkeit

Die Lage an den EU-Außengrenzen, wo Malta die Ausfahrt von zivilen Rettungsschiffen blockiert, hat sich zuletzt weiter verschärft. Auf Druck Italiens hat Panama am 25. September dem Schiff "Aquarius" die Flagge entzogen und es somit lahmgelegt. Wie "Zeit Online" einen Tag später informierte, verlangt nun die maltesische Hafenbehörde von der Organisation "Sea-Eye" einen Verzicht auf weitere Rettungsmissionen nur dann dürfe ihr Schiff "Seefuchs" wieder ablegen. "Sea-Watch", eine andere zivile Rettungsorganisation, soll ebenfalls aufgefordert worden sein, eine ähnliche Unterlassungserklärung abzugeben. Es ist aktueller und dringlicher denn je, uns solcher unmoralischen und menschenfeindlichen Politik entgegen zu stellen und deutlich zu machen, dass unser Boot nicht voll ist!

Beschluss Solidarität mit Geflüchteten und Mittelmeerländern

Gremium:	LDK
Beschlussdatum:	09.10.2018
Tagesordnungspunkt:	V Sonstige Anträge und Resolutionen

Seit Jahren fliehen Menschen über das Mittelmeer nach Europa – vor Krieg, vor den Folgen der Klimakatastrophe und aus wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit. Europa übt sich derweil in einer unmenschlichen Abschottungspolitik. Grenzen werden geschlossen und Schiffen der zivilen Seenotrettung das Anlaufen europäischer Häfen verboten. Seit dem Regierungswechsel in Italien im Frühjahr hat sich die Situation für Flüchtlinge auf ihrem Weg nach Europa noch einmal deutlich verschlechtert.

Allein im ersten Halbjahr 2018 starben rund 1.400 Menschen bei der Überfahrt nach Europa. An den europäischen Außengrenzen zeichnet sich eine humanitäre Notlage ab. Die Arbeit der zivilen Seenotrettung wird weiter massiv behindert: Die maltesischen Behörden halten die „Lifeline“ im Hafen fest, blockieren die „Sea-Watch“, die „Seefuchs“ und das Flugzeug „Moonbird“. Nachdem nun auch noch der „Aquarius 2“ die Flagge entzogen wurde, befinden sich im Mittelmeer keine zivilen Rettungsschiffe mehr. Inzwischen sterben weitere Menschen. Unabhängig von der Tatsache, dass auch Europa einen erheblichen Teil zu den Fluchtgründen beiträgt und wir das für die Zukunft ändern müssen, kann das nicht die alleinige Antwort auf aktuelle Fluchtbewegungen sein. Die Menschen sterben jetzt, wenn wir ihnen nicht helfen!

Wir Grüne stehen zum internationalen Recht und hinter der Seenotrettung von Flüchtlingen auf dem Mittelmeer. Wir können nicht einfach zusehen, wie Rettungsschiffen das Anlaufen sicheren Häfen verboten wird und Flüchtlingsboote zurück nach Libyen geschickt werden. Zugleich ist klar, dass wir Griechenland, Italien, Malta und Spanien bei der Flüchtlingsaufnahme nicht alleine lassen dürfen. Das Dublin-Abkommen ist gescheitert. Da mit einer Lösung auf europäischer Ebene so schnell nicht zu rechnen ist, müssen wir vor Ort aktiv werden – in den Kommunen, Ländern und Staaten der EU. Beispielsweise hat die Stadt Stuttgart, wie viele andere Städte auch, ihre Bereitschaft signalisiert, Geflüchtete von den Schiffen der zivilen Seenotrettung aufzunehmen.

Diese Solidarität mit Geflüchteten sowie anderen EU-Staaten erwarten wir auch von unserer grüngeführten Landesregierung. Denn ehe Rettungsschiffe an europäischen Küsten abgewiesen werden, weil die Mittelmeeranrainerländer den Zugang nicht mehr bewältigen können, sollten sich die anderen EU-Staaten bereiterklären, diese Menschen aufzunehmen. Was wir ablehnen, ist ein Deal à la Seehofer, der Geflüchtete aus Italien nur im Austausch für Rückführungen von "Dublin-Fällen" aufnehmen will. Das ist keine Solidarität, sondern ein bürokratisches Nullsummenspiel.

Wir wollen das Sterben im Mittelmeer verhindern.
Wir fordern die Landesregierung auf, alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, aus Seenot gerettete Geflüchtete aufzunehmen - beispielsweise mit einem Sonderprogramm.

Außerdem fordern wir die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, Flüchtlinge aus den Mittelmeerländern aufzunehmen.

Begründung der Dringlichkeit

Die Lage an den EU-Außengrenzen, wo Malta die Ausfahrt von zivilen Rettungsschiffen blockiert, hat sich zuletzt weiter verschärft. Auf Druck Italiens hat Panama am 25. September dem Schiff "Aquarius" die Flagge entzogen und es somit lahmgelegt. Wie "Zeit Online" einen Tag später informierte, verlangt nun die maltesische Hafenbehörde von der Organisation "Sea-Eye" einen Verzicht auf weitere Rettungsmissionen nur dann dürfe ihr Schiff "Seefuchs" wieder ablegen. "Sea-Watch", eine andere zivile Rettungsorganisation, soll ebenfalls aufgefordert worden sein, eine ähnliche Unterlassungserklärung abzugeben. Es ist aktueller und dringlicher denn je, uns solcher unmoralischen und menschenfeindlichen Politik entgegen zu stellen und deutlich zu machen, dass unser Boot nicht voll ist!